

Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft im Kreis Wesel Monitoringbericht Mai 2021

Die Corona-Pandemie hat Deutschland und generell die Welt im Griff – auch wenn derzeit die Lage sich etwas entspannt zeigt. Nach dem Höhepunkt der 3. Welle am 25. April mit 312.000 aktuell Infizierten ist die Zahl der Neuinfektionen kontinuierlich rückläufig gewesen. Zum Stichtag 31.05.2021 waren nur noch 106.000 Menschen aktuell infiziert. Der 7-Tage-Inzidenzwert lag deutschlandweit an diesem Tag bei 35,15 (im Kreis Wesel bei 28,70). Damit verbunden war eine Vielzahl von Öffnungsmaßnahmen, da die „Bundesnotbremse“ nur bei Inzidenzen über 100 greift. Nach dem Infektionsschutzgesetz ist am 23. April in Kraft getreten und sah tiefgreifende Maßnahmen von Kontaktbeschränkungen, Ausgangsbeschränkungen, Schließungen von Kultur-, Sport-, Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen sowie deutliche Beschränkungen für den Einzelhandel, die Hotellerie und körpernahe Dienstleistungen vor.

Ein Indikator für die Wirtschaftslage und somit für die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen ist der ifo-Geschäftsklimaindex. Dieser basiert auf ca. 9.000 monatlichen Meldungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Groß- und Einzelhandels und des Dienstleistungssektors. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen. Der ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Mai 2021 auf 99,2 Punkte - dem höchsten Wert seit Mai 2019. Im Vergleich zum Vormonat verbesserte sich das Geschäftsklima um 2,6 Punkte. Der Indexwert von 75,6 Punkten im April 2020 war der niedrigste jemals gemessene Wert. Laut ifo-Institut lag der Hauptgrund an dem Absturz im letzten Jahr an der massiven Verschlechterung der aktuellen, durch die Corona-Krise verursachten Lage. Zur Belebung des Geschäftsklimas hat neben der – vorsichtigen - Öffnung vieler Wirtschaftsbereiche sicherlich auch der Fortschritt bei den Impfungen und die damit verbundene Hoffnung, einen weiteren Schritt zur Normalität gehen zu können, beigetragen (Ende Mai hatten zumindest rd. 40 % der Bevölkerung eine erstmalige Impfung erhalten.)

Die wirtschaftlichen Eckdaten, die durch den regelmäßigen Monitoringbericht dargelegt werden, zeigen für den Monat Mai weiter einen recht robusten Arbeitsmarkt mit einer weiteren leichten Erholung. Die Arbeitslosenquote lag in allen vier Geschäftsbereichen im Kreis Wesel unterhalb der Quote im Mai 2020. Erfreulich ist der weitere Anstieg der offenen Stellen auf nunmehr 3.052 Stellen.

Entwicklung des Arbeitsmarktes

Am 01. Juni 2021 wurde der Arbeitsmarktreport für den Bereich der Arbeitsagentur Wesel veröffentlicht. Im Mai konnte ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Die Arbeitslosenquote in Abhängigkeit von allen zivilen Erwerbspersonen im Monat Mai sowie die Zahl der offenen Arbeitsstellen haben sich im Bereich der Geschäftsstellen wie folgt entwickelt:

Geschäftsstelle Dinslaken

Arbeitslosenquote: 6,8 % (Vormonat 6,9 %)

Offene Stellen: 565 (+ 11)

Geschäftsstelle Kamp-Lintfort

Arbeitslosenquote: 5,9 % (Vormonat 6,1 %)

Offene Stellen: 605 (+ 34)

Geschäftsstelle Moers:

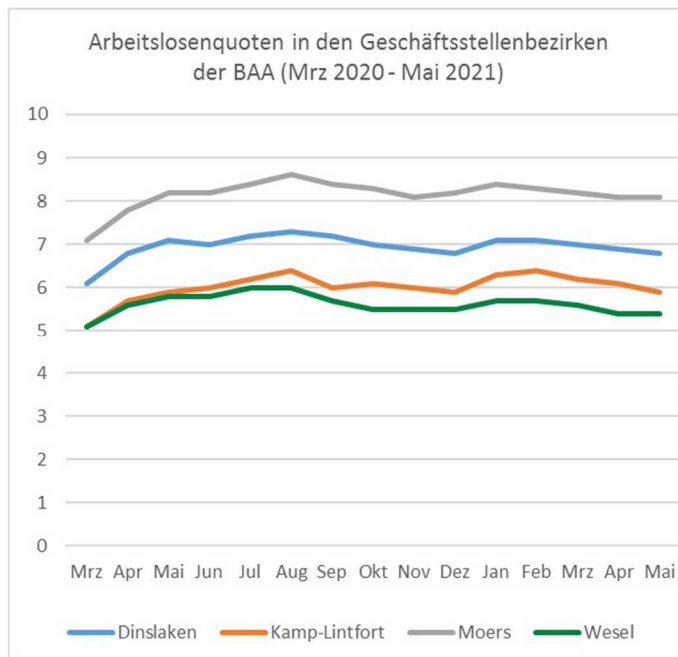
Arbeitslosenquote: 8,1 (Vormonat 8,1 %)

Offen Stellen: 700 (+ 7)

Geschäftsstelle Wesel:

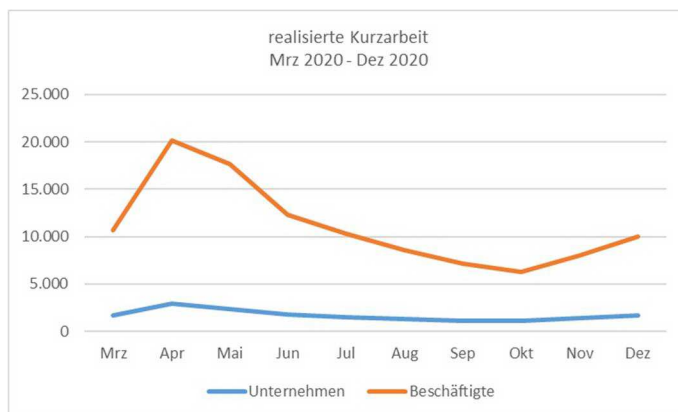
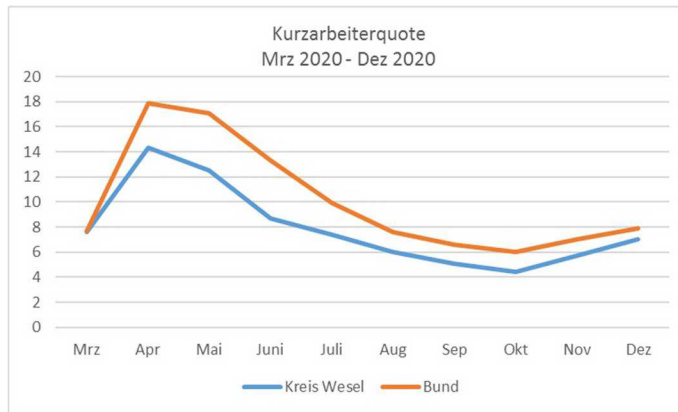
Arbeitslosenquote: 5,4 % (Vormonat 5,4 %)

Offene Stellen: 1.192 (+ 78)



Von besonderem Interesse ist die Entwicklung der Kurzarbeit, zumal zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme durch die Pandemie der Zugang zur Kurzarbeit erleichtert wurde. Zu Beginn der Pandemie kam es zu einer Flut von Kurzarbeitanzeigen. Die Anzeigen waren dann im Laufe des Jahres 2020 rückläufig, haben zum Jahresende aber wieder angezogen.

Die Statistik zur tatsächlich realisierten Kurzarbeit hat eine Nachlaufzeit von rund fünf Monaten, so dass erst jetzt die Zahlen für die ersten Monate der Pandemie dargestellt werden können. Im Monat Dezember 2020 – nach Beginn des zweiten Lockdowns - hatten 1.696 Betriebe die Kurzarbeit tatsächlich realisiert (Hochrechnung). Hiervon betroffen waren 9.973 Beschäftigte. Die Kurzarbeit stieg damit weiter deutlich an. Insgesamt bleibt die Kurzarbeiterquote (Anteil der Kurzarbeitenden an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) allerdings unter dem Bundesdurchschnitt. Für die Folgemonate liegen noch keine Daten vor.



Information und Beratung für Unternehmen

Die Bundesregierung hat zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen durch die Pandemie eine Reihe von Fördermaßnahmen beschlossen, die teilweise durch die Länder ergänzt und konkretisiert wurden. Um dem Informations- und Beratungsbedarf der Unternehmen bezüglich dieser Hilfen nachzukommen, steht das Team Gründer- und Mittelstandsservice der EAW den einheimischen Betrieben zur Verfügung.

Die Zahl der Corona-bedingten Beratungsfälle ist auch im Mai nicht gestiegen. Ursächlich hierfür ist eine Änderung des Antragsverfahrens, da diese Hilfen – auch bei der Überbrückungshilfe III - nur über die Steuerberater abgerufen werden können, da betriebswirtschaftliche Kenndaten hinterlegt werden müssen (Umsatz, Fixkosten etc.). Insoweit kann auch davon ausgegangen werden, dass sich die Betriebe direkt an die Steuerberater wenden werden. Nachfragen bezogen sich fast ausschließlich auf individuelle Problemstellungen.

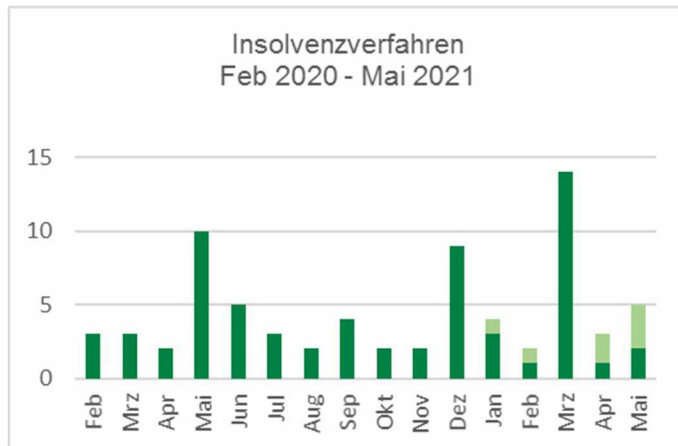
Darüber hinaus werden Unternehmen von der EAW allgemein über Newsletter bzw. Serien-E-mails auf die aktuellen Unterstützungsprogramme hingewiesen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Viele Unternehmen klagen, dass sie eine längere Kontaktsperre bzw. Betriebsschließung nicht werden durchhalten können. Auffallend ist, dass im Mai das Insolvenzgeschehen nur leicht gestiegen ist. Die Aussetzung der haftungsbewehrten und teilweise auch strafbewehrten dreiwöchigen Insolvenzantragspflicht galt bis zum 30. April 2021. Eine Verlängerung

wurde nicht beschlossen. Die Auswirkungen durch den Wegfall der Sonderregelung können noch nicht abschließend beurteilt werden. Rückschlüsse aus der Zahl der Insolvenzverfahren im Mai wären noch verfrüht.

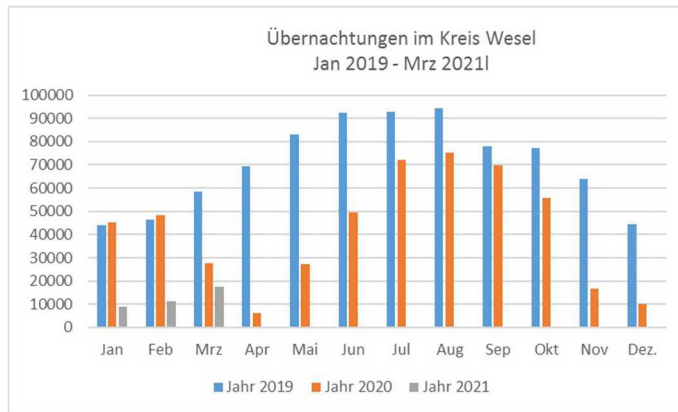
Ab Januar 2021 werden sowohl die Insolvenzeröffnungsverfahren (dunkelgrüner Teil der Balken) als auch die mangels Masse abgewiesenen Insolvenzanträge (hellgrüner Teil der Balken) in der nachstehenden Grafik abgebildet:



In diesem Zusammenhang ist noch der Zugang zur Arbeitslosigkeit aus der Selbständigkeit von Interesse. Soweit Selbständige von der Möglichkeit der Antragspflichtversicherung (»freiwillige Weiterversicherung«) nach § 28a SGB III Gebrauch gemacht haben, können sie entsprechendes Arbeitslosengeld erhalten. Nach der Statistik der Agentur für Arbeit haben sich im Monat Mai 14 Selbständige im Kreis Wesel arbeitslos gemeldet. Damit bewegt sich die Quote weiter auf niedrigem Niveau.

Auswirkungen auf den Tourismusbereich

Für die Beherbergungsbetriebe im Kreis Wesel hat die Corona-Pandemie dramatische Auswirkungen. Nach dem ersten Lockdown im März/ April hat sich die Zahl der Übernachtungen in Betrieben mit mehr als zehn Betten zwar kontinuierlich verbessert; die Schließung der Betriebe im Frühjahr konnte jedoch im Sommer nicht ausgeglichen werden. Auch wenn die Übernachtungszahlen in den Monaten Januar und Februar zunächst positiv waren, so konnten die Übernachtungszahlen in den Sommermonaten nicht den Lockdown im Frühjahr kompensieren. Der November und der Dezember mit einem erneuten Übernachtungsverbot für Touristen war nochmals von einem sehr deutlichen Rückgang der Übernachtungszahlen geprägt. Auch der Januar 2021 brachte keine Besserung; die Zahl der Übernachtungen im Kreis Wesel fiel um rund 80 % gegenüber dem Vorjahr. Auch im März konnte dieser Trend nicht gestoppt werden. Von 108 Übernachtungsbetrieben mit mehr als zehn Betten hatten im März 91 Betriebe geöffnet.



Ob aus der Pandemie eine nachhaltige Wirtschaftskrise entsteht, bleibt abzuwarten. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftsweise) rechnet damit, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 3,1 Prozent gegenüber dem Krisenjahr 2020 wachsen wird. Im Jahr 2022 soll das Bruttoinlandsprodukt um weitere vier Prozent wachsen und sich weiter stabilisieren. Mit Sorge ist allerdings derzeit der Anstieg der Inflationsrate zu betrachten. Nach Prognosen dürfte die Inflationsrate über das Jahr gerechnet in Deutschland bei 2,4 % liegen, sich in 2022 allerdings dann wieder auf 1,7 % abschwächen. Mit dieser Inflationsrate würde Deutschland die EU-Konvergenzkriterien verletzen, die festlegen, dass die Inflationsrate max. 1,5 % über der Inflationsrate der drei preisstabilsten EU-Mitgliedsstaaten liegen darf. Dies sind nach bisherigen Entwicklungen in diesem Jahr Griechenland, Italien und Malta mit Inflationsraten von zum Teil deutlich unter 1 %.

